

Regionalentwicklung in der Lausitz – schon mal was von Polen gehört?

In der Debatte über die Zukunft der Lausitz in der Zeit nach der Kohle sind immer wieder düstere Töne zu hören. So ist von einem drohenden „Strukturbruch“ die Rede und zuweilen kann man den Eindruck gewinnen, als gliche das kollektive Selbstbild der Region dem Gefühl, mit dem Rücken zur Wand zu stehen.

Diese Selbstverortung hat möglicherweise auch etwas mit den geographischen Räumen zu tun, in denen die Lausitz zu finden ist, den realen wie den imaginierten Räumen. So ist die Region unter anderem von der knapp 200 Kilometer langen Grenzen zum Nachbarland Polen geprägt. Einer Grenze, die in ihrer Länge ziemlich genau der deutsch-französischen Grenzlinie entlang des Rheins entspricht. Doch anders als die Rheingrenze hat sich die Grenze entlang der Neiße auch fünfzehn Jahre nach dem EU-Beitritt Polens in starkem Maße ihren trennenden Charakter bewahrt.

Das Bild von einer wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand stehenden Region nimmt in der Debatte über die Zukunft der Kohleausstiegsregion Lausitz auch deshalb so ungebührlich viel Raum ein, weil sich für viele hinter der „Wand“ der deutsch-polnischen Grenze gewissermaßen ein leerer Raum aufzutun scheint. Zu diesem Schluss kann man jedenfalls kommen, wenn man sich ansieht, wie häufig in dieser Debatte der polnische Nachbar erwähnt wird – nämlich so gut wie gar nicht.

Sowohl in den Strategiepapieren von Landesregierungen und Parteien als auch in Studien und Gutachten von Think Tanks spielt die grenzüberschreitende Dimension so gut wie keine Rolle. Dies ist nicht nur ein großer Fehler, es ist auch überaus psychologisch erstaunlich. Denn es sprechen ja nicht nur die offensichtlichen geographischen Faktoren wie die lange gemeinsame Grenze, die verkehrstechnisch zentrale Lage im Herzen Europas dafür oder die historischen Verbindungslinien dafür, die Strukturentwicklung der Lausitz gemeinsam mit Polen anzugehen.

Insbesondere ist es die Kohle selbst, die Anlass böte, die Strukturwandeldebatte so zu führen wie es den deutsch-polnischen Realitäten des Jahres 2019 entspricht – also als zwei Ländern, die seit fünfzehn Jahren EU-Nachbarn sind, die für einander zu den wichtigsten Handelspartnern zählen, die Hauptziel beziehungsweise Herkunftsländer grenzüberschreitender Migration sind – und zunehmend auch Berufspendler über die gemeinsame Grenze schicken. Dass also insbesondere die Zukunft der Kohle ein Grund für eine andere Herangehensweise an die polnischen Anrainer der Lausitz gebietet, hat zum einen damit zu tun, dass auch in Polen die Kohle keine Zukunft mehr als Energieträger hat. Dies gilt sowohl mit Blick auf die teils in unmittelbarer Grenznähe abgebaute Braunkohle als auch für die Steinkohle.

Auch in Polen hat die Kohle keine Zukunft – was selbst Vertreter der Kohlewirtschaft einräumen

Zwar sieht die jüngst von der polnischen Zentralregierung veröffentlichte Energiestrategie des Landes vor, dass die Stromerzeugung aus Kohle selbst im Jahr 2050 noch immer einen Anteil von 50 Prozent ausmacht. Allerdings halten selbst die Vertreter polnischer Wirtschaftsverbände sowie der Energiewirtschaft diesen Wert für viel zu hoch veranschlagt und gehen davon aus, dass die Bedeutung der Kohle viel schneller zurückgeht als von der Regierung offiziell

verkündet. Das hat zum geringeren Teil mit dem auch von Polen unterzeichneten Pariser Klimaabkommen zu, das mit einem substantiellen Anteil der Kohle im Energiesystem ganz und gar unvereinbar ist. Ausschlaggebend ist vielmehr, dass einerseits die polnische Steinkohle nicht mehr wettbewerbsfähig ist und dass andererseits der überwiegende Teil der Braunkohletagebaue in Polen in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten erschöpft sein werden. Und da die Kosten für CO₂-Emissionen ebenso wie der Widerstand der polnischen Öffentlichkeit gegen die Erschließung neuer Tagebaue weiter zunehmen dürften, ist für die Zukunft nicht von der Erschließung neuer Braunkohletagebaue in Polen auszugehen.

Mit anderen Worten: Schon heute zeichnet sich ab, dass die Regionalregierungen in den benachbarten Woiwodschaften Lebus und Niederschlesien über kurz oder lang vor genau der gleichen Aufgabe stehen werden wie die Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen heute – sich nämlich Gedanken darüber zu machen, welche Perspektiven die Region nach dem Ende des Tagesbaus Turów beziehungsweise nach der Beerdigung der Tagesbaupläne in Gubin/Brody entwickeln könnte. Wie real die Auseinandersetzung mit Strukturwandel und „*just transition*“ auch in Polen bereits ist, ist im übrigen auch daran abzulesen, dass Energieexperten in Polen die Arbeit der deutschen Strukturwandelkommission mit größtem Interesse verfolgen. Ein weiterer Hinweis ist die jüngst von der polnischen Präsidentschaft bei der UN-Klimakonferenz in Kattowitz initiierte „*Solidarity and Just Transition Silesia Declaration*“, mit der die Frage eines Kohleausstieges direkt mit der Schaffung von Zukunftsperspektiven für die betroffenen Regionen verknüpft wird.

Zugegeben: Die politischen Rahmenbedingungen für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit könnten besser sein. Zumindest gilt dies auf der nationalen Ebene Polens, wo die von der nationalkonservativen PiS geführte polnische Regierung jeder deutsch-polnischen Détente mit Skepsis gegenübersteht. Allerdings trägt Deutschland hierzu bedauerlicherweise auch selbst bei. So unterstützt die Bundesregierung nach wie vor das russische Projekt des Baus der Erdgaspipeline Nordstream2. Dies ist nicht nur klimapolitisch bedenklich. Denn die Milliardeninvestitionen in die teure Pipelineinfrastruktur schaffen für sehr lange Zeit einen Anreiz, Erdgas noch intensiver zu nutzen. Dabei ist auch Erdgas ein fossiler Energieträger, der das Klima schädigt – wenn auch in geringerem Maße als Kohle.

Was im Verhältnis zu Polen und nahezu alle anderen mittel- und osteuropäischen EU-Partnern besonders schwer wiegt: Der Pipelinebau steigert die geopolitischen Einfluss- und Erpressungsmöglichkeiten Rußlands gegenüber seinen osteuropäischen Nachbarn und schwächt insbesondere die von Rußland angegriffene Ukraine. Zumindest bewerten dies Deutschlands östliche EU-Partner nahezu einhellig so und sehen die Haltung Deutschlands in Sachen Nordstream2 als Ausdruck mangelnder europäischer Solidarität. Und beim Stichwort Solidarität wäre man auch wieder bei der Lausitz und ihrer östlichen Nachbarschaft angekommen: Denn das von der Bundesregierung mit Nordstream2 verspielte Vertrauenskapital fehlt, um es an anderer Stelle investieren zu können – beispielsweise in die Entwicklung gemeinsamer deutsch-polnischer Energiestrategien.

Umso wichtiger wäre eine Zusammenarbeit auf der Ebene der Kommunen und Regionen beziehungsweise Bundesländer und Woiwodschaften. Und hier sind die Startbedingungen deutlich besser als auf der nationalen Ebene. Nicht nur sind Städte wie Görlitz/Zgorzelec, Guben/Gubin und Frankfurt (Oder)/Ślubice oder auch der beiderseits der Neiße liegende Muskauer Park Beispiele dafür, dass interkommunale Zusammenarbeit durchaus funktionieren kann – und vor allem das Alltagsleben beiderseits der Grenze spürbar verbessern kann. Außerdem spielen auf dieser Politikebene nationale oder parteipolitische Befindlichkeiten eine deutlich geringere Rolle, so dass sich der Blick stärker auf Sachfragen richten kann.

Der sich abzeichnende neue Kohlekonsens in Deutschland ist eine gute Gelegenheit, die Lausitz weiter zu denken

Der Abschlussbericht der Strukturwandel-Kommission wird dazu beitragen, dass sich in Deutschland klarere Rahmenbedingungen für einen Kohleausstieg abzeichnen und die Grundlagen für einen neuen Kohlekonsens geschaffen werden. Das hiermit aufgeschlagene neue und somit letzte Kapitel der Kohle in Deutschland ist ein guter Anlass, auch die deutsch-polnische Nachbarschaft neu zu denken, „Lausitz weiter denken“ gewissermaßen.

Vor allem die Bundesländer Brandenburg und Sachsen sind gefordert, hierbei jetzt mit gutem Beispiel voranzugehen – wie es im übrigen auch Artikel 2 der Brandenburger Verfassung gebietet, die zumindest an dieser Stelle dem Freistaat einen kleinen Schritt voraus ist. Dort heißt es nämlich: *„Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, ... dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern, insbesondere mit dem polnischen Nachbarn, anstrebt.“*

Es ist also an der Zeit, die polnischen Nachbarn mitzunehmen und einzuladen, gemeinsam über die Zukunft der Lausitz nachzudenken. Dabei fügt es sich gut, dass die Lausitz jetzt ohnehin andere Governance-Strukturen benötigt, mit denen Kohleausstieg und Strukturentwicklung künftig gesteuert werden sollen.

Gefragt sind schlankere, auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis beruhende Strukturen. Das bisherige institutionelle Arrangement hingegen zeichnet sich durch ein unübersichtliches, schwer steuerbares Geflecht von Projekt-, Wirtschafts- und Regionalentwicklungsgesellschaften, Lausitzbeauftragten und weiteren Koordinierungsgremien aus. In diesen Gremien sitzen fast ausschließlich die etablierten Akteure der Region in Multifunktionen. Dieses Arrangement trägt nur noch bedingt zur Lösung der Strukturprobleme der Lausitz bei und ist, zugespitzt formuliert, eher Teil des Problems. Zivilgesellschaft, Kultur und insbesondere die gewählten Landtage jedenfalls sind derzeit an den Rand drängt. Und es verwundert vor diesem Hintergrund auch nicht, dass bisher in keinem einzigen dieser zahlreichen Gremien Vertreter Polens beteiligt sind.

Nachbarschaftliche Zusammenarbeit, die Entwicklung gemeinsamer Zukunftsperspektiven – das ist es, wofür sich jetzt, fünfzehn Jahre nachdem die teilende Oder-Neiße-Grenze überwunden wurde, noch einmal eine unverhoffte Chance bietet. Ein allererster praktischer Schritt auf diesem Wege wäre es, die polnischen (und bei dieser Gelegenheit sei es gesagt: auch die tschechischen!) Nachbarn einzuladen und zu fragen: „Wollt Ihr dabeisein und mitdiskutieren, wenn es in den nächsten Monaten und Jahren darum geht, neue Arbeitsstrukturen zu schaffen, neue Ideen zu schmieden und die von den Menschen in der Region als drängend empfundenen Probleme gemeinsam statt jeder für sich anzugehen?“

Wir als zivilgesellschaftliche Organisation jedenfalls sind bereit, uns zu dieser Frage jenseits der Neiße mal umzuhören – und bei einem ersten deutsch-polnisch-tschechischen Austausch über Chancen und Möglichkeiten einer gemeinsamen Regionalentwicklung tatkräftig mit anzupacken.

Carel Mohn, 11. Januar 2019